

Die Reichsregierung an das Deutsche Volk.

Die deutsche Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:
Au das deutsche Volk! In der Zeit größter Anheims und innenpolitischer Bedrängnis haben sich Verbände aus Wert gemacht, um das Deutsche Reich zu zerstückeln.

Verordnung des Militärbefehlshabers im Wehrkreis 5.

In München ist die verfassungsmäßige Regierung gestürzt. Die Reichswehr ist mobil erklärt, zusammen mit den Landespolizeien wird sie jedes Widerstreben der Münchener Bewegung verhindern.

Sächsischer Kabinettsrat über die Münchner Vorgänge.

Dresden, 9. November. Die Nachrichten von dem Münchener Putsch haben in Dresden und im Lande selbst irgend eine Wirkung nicht ausgeübt, obwohl die Ereignisse Gegenstand lebhafter Diskussionen in allen Bevölkerungsschichten waren.

Eine Erklärung der sächsischen Reichswehr.

Dresden, 9. November. Für die unter Befehl des Generalleutnants Müller im Gebiet des Wehrkreises 4 eingezogenen Reichswehrverbände wird hierdurch die Erklärung abgegeben, daß Führer und Truppe rückhaltlos hinter dem mit dem Oberbefehl über die Wehrmacht betrauten General v. Seckl stehen.

Eine Erklärung der bayerischen Regierung.

Im Neuenburger Anzeiger wird eine Erklärung der bayerischen Regierung veröffentlicht, in der es u. a. heißt: Infolge des heute Nacht in München unternommenen Putsches begaben sich die Staatsminister Dr. Matt, Dr. Meinel und Dr. Krause nach Regensburg, um zunächst von hier aus die Geschäfte der Regierung weiter zu führen.

Wieder Ruhe in Bayern.

München. In ganz Bayern ist die Ruhe wieder völlig hergestellt. Inher in München wurde auch in Augsburg von Nationalsozialisten eine Unternehmung versucht. Die Nationalsozialisten wurden jedoch von der Landespolizei verhaftet und entwaffnet.

In Berlin alles ruhig.

Im Hinblick auf die politischen Vorgänge in München teilt der Polizeipräsident von Berlin mit: In Berlin ist alles ruhig. Störungen der öffentlichen Ordnung sind nicht zu erwarten.

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei. Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht folgenden Aufruf: 'Wiederum ist eine tieferste Lage für unser geliebtes Vaterland entstanden. Die Einheit des Reiches schwer bedroht, unsere Sorge um Dab und Rhein gesteigert, die Festigung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Befestigung der Währung gefordert, der stetige Voranschreiten äußerlicher Politik gefährdet.'

in München. Sie erklärt feierlich, daß sie einzig und fest hinter den verfassungsmäßigen Gewalt des Reiches steht. Jeden Versuch, die bestehende verfassungsmäßige Ordnung des Reiches weiterhin gewaltsam zu brechen, weist sie mit Entschiedenheit zurück.

Die Deutsche Nationalen gegen das Kabinett Stresemann.

Die Deutsche Nationalen veröffentlicht folgende Erklärung: Die Vorgänge in Bayern haben unseren wiederholten dringenden Warnungen Recht gegeben, daß das Hinkeleben der Regierung Stresemann, die von weichen nationalen Kreisen abgelehnt wird, zu unheilvollen Explosionen führen werden.

Die preussische Regierung an ihre Staatsbürger.

Berlin. Die preussische Staatsregierung erläßt folgenden Aufruf: Staatsbürger Preussens! In München ist von Hochverrätern versucht worden, die bayerische Regierung zu stürzen. Die Einheit des Reiches und seine Verfassung sind bedroht.

Baden und Braunschweig gegen das hochverräterische Unternehmen.

Karlsruhe, 9. November. In der heutigen Sitzung des badischen Landtags gab Staatspräsident Köhler anläßlich der Vorlesung in München eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die badische Regierung merkt sich an das badische Volk und weist sich einzig mit ihm in der schärfsten Verurteilung des hochverräterischen Unternehmens.

Der Hamburgische Senat stützt die Reichsregierung.

Hamburg. Auf ein an den Hamburgischen Senat gerichtetes Telegramm der Reichsregierung über den Münchener Putsch hat der Senat mit folgender Depesche geantwortet: In Verantwortung des Telegramms der Reichsregierung vom 9. 11. versichert der Senat, daß kein Zweifel darüber aufkommen kann, wo die übermächtige Mehrheit der Hamburgischen Bevölkerung bei dem durch den gewaltsamen Sturz der verfassungsmäßigen bayerischen Landesregierung eingeleiteten Kampf um die Reichseinheit steht.

Die Lage in Thüringen.

In Thüringen ist alles ruhig. Der 9. November galt in Thüringen als Feiertag, und hatten daher die Behörden und die Schulen geschlossen. Auch die Reichswehr tat keinen Dienst.

Die Verkehrsperre wieder aufgehoben.

Anläßlich der Umsturzbewegung in München sah sich die Reichsverkehrsverwaltung veranlaßt, eine Sperrung im Eisenbahnverkehr mit dem bayerischen Gebiete in der letzten Nacht auszusprechen. Nach Klärung der Verhältnisse in München konnte die Verkehrsperre gestern nachmittag wieder aufgehoben werden.

Schärfste Kontrolle an der bairischen Grenze.

Das Wehrkreis-Kommando 5 teilt mit: Alle Funkposten in der Gegend von Regensburg, die in Richtung Bayern und Landespolizei die Kaiserne und die öffentlichen Gebäude in München fest in der Hand haben.

Erhöhte Wachsamkeit empfohlen.

Berlin. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt gestern nachmittag mit den Vertretern der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter eine Besprechung ab, in der zur politischen Lage Stellung genommen wurde.

Zurückhaltung in Paris.

Paris. Die Pariser amtlichen Stellen legen sich bei der Beurteilung der Vorgänge in Bayern bis zum Eintreffen verbürgter Nachrichten eine große Zurückhaltung auf. Meldungen, die gestern vormittag nach Paris gelangten, ließen ein Welingen des Münchener Staatsrates, liegen das Schicksal für die französisch-belgischen Beziehungen beschließen.

Situation zu beraten. Im letzten Augenblick wurde die geplante Konferenz jedoch abgelehnt auf Grund der letzten Nachrichten, die die Unterdrückung des Münchener Putsches mitteilten.

Tote und Verwundete in München.

Aus München wird weiter berichtet: Im Laufe des gestrigen Nachmittags ist die Unternehmung gegen das Reichswehrgebäude zum Abschluß gekommen. Hauptmann Köhm von der Reichsflanke hat das Reichswehrgebäude bedingungslos übergeben. Vor der Kessellage kam es, jedoch nicht in urplötzlichem Zusammenhang mit dem Vorhaben gegen das Reichswehrgebäude, zu einem Feuergefecht, bei dem 14 Personen getötet oder schwer verwundet worden sein sollen.

Vor Ergänzung des Reichskabinetts.

Die Fraktionsbesprechungen im Reichstage. In Berlin. Sämtliche bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der bayerischen Volkspartei hielten gestern im Reichstage lange Fraktionsbesprechungen ab. Gegenstand der Beratungen war die Ergänzung des Reichskabinetts. Die Deutsche Volkspartei nahm einen Antrag an, worin dem Reichskanzler der Wunsch vorgetragen wird, die Bildung einer Regierung aller bürgerlichen Parteien mit Einschluss der Deutschen Nationalen zu versuchen.

Amerika beteiligt sich nicht an der Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Paris. (Besprechungsmitteilung.) Wie die 'Agence Havas' aus Washington meldet, hat die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen, an einem Sachverständigenkongress zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht teilzunehmen.

Die französischen Vorbehalte.

Paris. Das französische Außenministerium bringt in großer Aufmerksamkeit eine Note in die Öffentlichkeit, in der sie nochmals den französischen Standpunkt betreffend die Sachverständigenkonferenz darlegt. In der Note heißt es, daß die französische Regierung nach den Gesichtspunkten des Versailleser Vertrages handeln könne.

Berlin. Der von Paris angekündigte Schritt des französischen Vorkanzlers in Berlin beim Reichskanzler über die Haltung Frankreichs nach der eventuellen Erwidmung einer Deklaration in Deutschland ist gestern nachmittag erfolgt.

Die Tätigkeit der Unterausschüsse des Ökonomischen Wirtschaftsrats.

Die vom Ökonomischen Wirtschaftsrat gebildeten Unterausschüsse für Geld- und Kreditwesen, Verkehrsweisen, Arbeitsfragen, Lebensbedarf, Rohlen und Rohstoffe, Ein- und Ausfuhr, haben die Arbeit aufgenommen und sind bereits wiederholt zusammengetreten.

Der Konflikt am Balkan beigelegt.

Sofia. Die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Gestern vormittag sprach Ministerpräsident Janoff dem südslawischen Gesandten Rastisch und Kriegsminister Balcoff, dem südslawischen Militärattaché, Oberst Kostich, das Bedauern der bulgarischen Regierung aus Anlaß des Überfalls auf den Aitakee aus.